



Presseinformation

Nr. 212/2011

Kiel, Mittwoch, 6. April 2011

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Innen und Recht / Lübeck-Demo

Gerrit Koch: Demokraten sollten geschlossen hinter der Polizei stehen

Zu den Berichten des Innenministers und der Landespolizei zu den Demonstrationen am 26. März 2011 in Lübeck erklärt der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, **Gerrit Koch**:

„Die Berichte des Innenministers und der Landespolizei zu den Demonstrationen am 26. März 2011 waren sehr aufschlussreich und tragen zur Klärung der Vorwürfe bei. Es wurde klar, dass sich die große Mehrheit der Demonstranten, die gegen die Rechtsextremen auf die Straße gingen, friedlich verhielt. Eine kleine Gruppe habe den Anlass allerdings zu gewalttätigen Ausschreitungen genutzt.“ Körperverletzungen, Sachbeschädigungen und Blockaden seien unter keinem Gesichtspunkt zu tolerieren und gutzuheißen. Es sei sehr bedauerlich, dass bestimmte politische Kräfte diese Vorfälle immer kleinredeten. Die Fragen der Linken im Innen- und Rechtsausschuss ließen Anlass zu Zweifeln aufkommen, dass sie rechtsstaatliche Prinzipien uneingeschränkt gelten lassen, so Koch.

„Der Polizeibericht belegt, dass die Einsatztaktik insgesamt deeskalierend ausgerichtet war. Unglaublich wäre es, wenn die Liveberichterstattung des Offenen Kanals Lübeck wirklich - wie von der Polizei berichtet – dazu neigte, eskalierend auf die Lage einzuwirken.“ Dies würde einen eklatanten Missbrauch dieser an sich sinnvollen Einrichtung darstellen, die von allen Rundfunkgebührendzahlern bezahlt werde, so Koch.

„Der Verlauf zeigt, dass es wichtig ist, dass alle demokratischen Kräfte geschlossen hinter unserer Polizei stehen und deren Arbeit nicht grundsätzlich in Zweifel ziehen.“ Gerade demokratisch legitimierte Personen wie Landtagsabgeordnete dürften gesetzliche Regeln nicht zu

Gesinnungsrecht verkommen lassen und der Beliebigkeit anheimstellen, fordert Koch. „Sonderrechte gelten auch für grüne und linke Abgeordnete nicht.“

„Die Vorkommnisse an der Bodelschwingh-Kirche konnte die Polizei nachvollziehbar darlegen. Begrüßenswert ist, dass die Polizeiführung angekündigt hat, bei künftigen Demonstrationen noch stärker das Gespräch mit den Kirchen zu suchen“, so Koch abschließend.